

Kein Interesse am Detail – CDU und FDP kürzen Zahlen Bericht von der Anhörung der Sozialvereine

Am 22.03.2010 lud die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat Leipzig Leipziger Sozialvereine ein, darzustellen, welche Auswirkungen die kurzfristig angekündigten Kürzungen des Freistaates im Sozialbereich haben werden. Das Protokoll versandten wir anschließend an die teilweise entschuldigten Landtagsabgeordneten sowie jeweils die Staatsminister für Finanzen und Soziales, Unland und Clauß. Das Finanzministerium ließ uns in der Folge wissen, dass sie das Papier dem Sozialministerium weitergeleitet haben. Daraus schließen wir, dass sich der Finanzminister nicht für die Auswirkungen seiner Kürzungsforderung interessiert. Frau Clauß antwortete uns in einem zweiseitigen Schreiben, dass die Kürzungen unabwendbar durchgeführt werden müssten.

Die Anhörung eröffnete uns das traurige Bild vom Umgang des Freistaates mit sozialem Engagement. Wir erlebten geübte Leidensfähigkeit und pure Wut.

Eingangs stellte **Antje Hermenau**, Fraktionsvorsitzende und finanzpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Sachsen die Hintergründe der Sparorgie dar. So war bereits Mitte 2009 klar, dass für 2010 1 Mrd. € Mindereinnahmen durch Steuerausfälle in Sachsen erwartet wurden. Die Erstellung eines Nachtragshaushaltes, und damit eine politische Diskussion des Landtages über Prioritäten war jedoch durch die Regierungsparteien nicht gewollt. In Anbetracht dessen, dass sich die Abgeordneten nach Ankündigung der Haushaltssperre hinter ihrem Finanzminister wegduckten, schon bemerkenswert. Unabwendbar wurde somit im Februar 2010 verlangt, dass die einzelnen Ministerien 190 Mio. € einsparen sollen. Das Sozialministerium hat einen Haushaltsumfang von 1 Mrd. €, davon 100 Mio. € frei beweglich. Von diesen sollen 25 % gekürzt werden. Das bedeutet also 5 % bei Suchthilfe, 7 % bei Psychiatrie.

Antje Hermenau ging auch auf den Haushalt 2011 ein. Hier sind 1,7 Mrd. € einzusparen! ¼ der Zuwendungen an Kommunen werden wegfallen, es wird Sperrvermerke für Wohlfahrtsverbände, Behindertenhilfe und FSJ geben.

Neben den Steuerausfällen sind aus der Bürgschaft für Sachsen LB wahrscheinlich ein 3-stelliger Mio-Betrag, und geringer werdende Zuwendungen aus EU und Bund ursächlich für die Haushaltsenge. Frau Hermenau prognostiziert, dass die Kürzungen die nächsten 10 Jahre betreffen.

Somit appelliert sie dringend, Einfluss im Vorfeld der Haushaltsbeschlussfassung zu nehmen. Dazu skizziert sie die Zeitleiste der Haushaltsaufstellung im Land für den Doppelhaushalt 2011/12. Nach der Juni-Klausur der Ministerien, geht der Entwurf in Druck und ab ca. Mitte August beginnen die Haushaltsberatungen im Landtag. Um die Landtagsabgeordneten, vor allem von CDU und FDP, zu sensibilisieren, sollten die Vereine Gespräche mit ihnen führen und sie mit den Problemen vertraut machen. Frau Hermenau berichtete von ihrer wiederholt gemachten Erfahrung, dass insbesondere die Finanzpolitiker keine Kenntnis der Details haben. Es bestünde schlicht keine Kenntnis, was sich hinter den Zahlen verberge, und somit auch keine Vorstellung, was eine Kürzung im Sozialbereich anrichte.

Und das wird passieren: Hr. Wonneberger, Diakonisches Werk, Leiter des **Begegnungscafés** „Blickwechsel“, einer Einrichtung der gemeindenahen Psychiatrie, führt aus, dass die Kürzungen des Landes die Einrichtung direkt betreffen, denn in ihrer Höhe beläuft sie sich ca. in Höhe der Miete für das Café. Demnach müsste die Zahl der Mitarbeiter halbiert werden, es seien also Sozialpädagogen-Stellen gefährdet. Darüber hinaus müsste an den Zuwendungen für Ehrenamtliche für deren Aufwendungen gekürzt werden. Da damit Engagement eingeschränkt werde, viele elementare Hilfen weg.

Der **Blinden- und Sehbehindertenverband**, vertreten durch Frau Czech, betreut 4000 Blinde- und Sehbehinderte, führt 1000 Beratungen im Jahr, leistet Hausbesuche und telefonische Beratungen. Die Kürzungen des Landes betreffen die Einrichtung, eine Beratungsstelle müsse schließen. Frau Czech verweist außerdem auf die Problematik Blindengeld, das die betroffenen direkt erhalten. Wenn dieses wegfiel, könne der Mehrbedarf, den ein Sehbehinderter habe, nicht mehr kompensiert werden.

Die Sozialkürzungen erfassen auch die **Frauenbibliothek** Mona Liesa. Hella Rößiger stellt ihren Verein, der für Chancengleichheit arbeitet, vor. Durch die Kürzungen fiel 70 % der Förderung weg. Damit stehe die Stelle der Geschäftsführerin zur Disposition. Dies hätte existenzielle Auswirkung auf die Organisation, die Verwaltung, die Beantragung und Begleitung von ABM/AGH/Praktikanten und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen. Personell würde es zur Ausdünnung auf nur noch 2 Mitarbeiterinnen in Teilzeit mit entsprechenden Folgen für die NutzerInnen von Bibliothek und das Vereinsleben kommen. Sie arbeiteten nur noch „von der Hand in den Mund“

Herr Böttcher, 1. Vorsitzender des Stadtverbandes der **Hörgeschädigten** Leipzig, führt aus, dass die einzige Beratungseinrichtung für Hörgeschädigte in Leipzig betroffen sei. Die 2 hauptamtlichen Mitarbeiter würden durch die Kürzungen hart getroffen. Hörgeschädigte haben Kommunikationsprobleme und können ohne Hilfe keine andere Beratungsstelle nutzen. Auch er verweist auf das Landesblindengeld, mit welchem ebenfalls der Nachteilsausgleich für Gehörlose gezahlt würde. Ohne diese Finanzierung wären Gebärdendolmetschern für die Betroffenen nicht zu finanzieren.

Für den Verein **Frauen für Frauen** spricht Frau Avenarius, wenn sie ausführt, dass die Kürzungen des Landes die Einrichtung direkt betreffe. 10 % Förderung würde wegfallen, was zu Gehaltskürzungen führen müsste, obwohl eine immer qualifiziertere Arbeit verlangt wird. Denkbar wäre auch eine Stundenreduzierung, aber schon jetzt gebe es Wartezeiten von 4 Monaten für Beratungsgespräche.

Fr. Schubert vom **Graue Löwen** Leipzig e. V. spricht für die ehrenamtlich Tätigen, die aus Landesfördermitteln Entschädigungen für ihre Aufwendungen für Telefonkosten, Fahrtkosten und Büromaterial erhalten. Die Unterstützungen werden aus Mitteln der Stiftung „Wir für Sachsen“ gezahlt. Bisher schon reichten die Mittel nur für 9 Monate, obwohl der Verein 12 Monate im Jahr arbeitete. Nun drohten dem Verein sogar Rückzahlungsforderungen. Frau Schubert verweist darüber hinaus darauf hin, dass die Fördermittelrichtlinie direkt in die Vereine hinein dirigiere.

A. Hermenau antwortet, dass die Richtlinien dem Parlament nicht bekannt seien, wegen des sogenanntem Haushaltsvollzuges stünden diese in direkter Verantwortlichkeit des zuständigen Ministeriums

Frau Gruner vom **Seniorenbeirat** erklärt, dass für 216 Personen Aufwandsentschädigungen beantragt wurde, 138 hätte die Kommission nur bewilligt. Aus ihrer Sicht würde der Demografiewechsel ignoriert. Vereine seien mangels finanzieller Alternativen auf Förderungen der öffentlichen Hand angewiesen (anders als in Westdeutschland)

Frau Bernard vom Haus Steinstraße ist auch Mitglied im Sprecherrat AG Freie Träger und der AG **Jugendkultur**. Sie führt aus, dass die Vereine für Mittel des Jugendamtes mindestens 15 % Eigenmittel aufbringen sollen. Dazu sei die Drittmittelinwerbung nötig, die Personalressourcen binde. Außerdem können manche Nutzer für Angebote nichts zahlen. Insgesamt ist die Personalfinanzierung: sehr unbefriedigend, nur 1 Stelle sei nicht mischfinanziert. Alle anderen sind teilweise von sogar 4 verschiedenen Förderungen abhängig.

Antje Hermenau erklärt, dass die bündnisgrüne Fraktion daher im Haushalt einen Mindestsatz für Vereine fordere.

Die Vorsitzende des Senioren und Alleinerziehenden-Selbsthilfevereins, Sefa e. V., Frau Heide, hat den Bescheid über 28 % Kürzung im **Besuchsdienst**. Der Verein teile die Gelder auf, damit die Ehrenamtlichen blieben. Sie verlangt, dass wenigstens die Fahrkarten der LVB für Ehrenamtliche erstattet würden.

Für den Landesverband **Kinder- und Jugendbildung** führt Frau Range aus, dass am 27.02. 2010 der Bescheid über Kürzung von Personalmitteln (bisher 90 % auf jetzt 80 %) einging. Der Verein müsse jetzt monatlich 3.300 € zusätzlich erwirtschaften.

Mit der Kürzung des FSJ von bisher 1300 Stellen in Sachsen, auf 500 Stellen entstehe eine Notlage. Die jungen Menschen würden sich in andere Bundesländern bewerben.

Herr Stefan vom Landesverband KMV Sachsen e. V., einem **Mehrfachbehindertenverband**, skizziert, dass die Kürzungen eine kontinuierliche Arbeit unmöglich machten. Zukünftig könnten nur noch Projekte getätigt werden. Von 6 eingereichten Projekten wurde nur eines genehmigt. Vorläufig seien sie in Einspruch gegangen. Das Land genehmigte bisher 469 €, statt der bisherigen 30.000 € im Jahr, das entspräche einer 100 %igen Kürzung. Er ergänzt, dass die Hinhaltetaktik die Qualität gefährde, da ausgebildetes Personal sich anderweitig orientiere.

Die Triade GbR, vertreten durch Herr Palme, betreibt eine Beratungsstelle zur täterorientierten **Antigewaltarbeit** und Hilfen zur Erziehung. Diese ist nur landesmittelfinanziert, 65.000 € Kürzung entspricht 10 %, somit werden Angebote reduziert. Er weiß, die Kürzungen von heute sind die Kosten von morgen!

Herr Palme appelliert an alle Vereine sich in dieser Situation nicht in Konkurrenz zu sehen und zu verhalten – eine zufriedenstellende Lösung könne nur durch gemeinsames Vorgehen entstehen!

Gisela Kallenbach, Landtagsabgeordnete Bündnis 90/Die Grünen, skandalisiert, dass der Rasenmäher nur an bestimmten Stellen angesetzt würde, im Wirtschaftsministerium aber 250 Mio. € zusätzlich für Straßenbau freigegeben wurden.

Unter den schriftlichen Beiträgen findet sich der von Frau Kurtz, Nationales Netzwerk **älterer Frauen** e.V. (NäF). Sie organisieren seit 2003 jährlich eine Begegnung mit polnischen, tschechischen und deutschen Frauen in Bautzen (Schmochtitz) unter dem Motto „Aufeinander zugehen“. Aktuelle politische und gesellschaftliche Themen sowie Aufarbeitung der Vergangenheit sind Inhalt des Treffens, für welches das Sozialministeriums für 2010 als Auflage und Bedingung formuliert, dass die Teilnahme von polnischen und tschechischen Frauen wird nicht mehr gefördert werde, weder als Referentinnen noch als Teilnehmerinnen.

Auch der Stadtsportbund ist betroffen. So wird die **Sportjugend** Leipzig den angekündigten Einbehalt von ca. 4,1% der Zuwendung nur über Personalabbau, Reduzierung des Leistungsumfanges kompensieren können. Der Personalabbau von ca. 0,1 VzÄ bei 1,5 geförderten VzÄ bedeuten ca. 7% Reduzierung an Leistungsumfang (ca. 100 Arbeitsstunden), also weniger Beratungsleistung, Aus- und Weiterbildungsangebote für ehrenamtliche Tätige. Die Förderung von Ehrenamt heißt aber auch Vorhalten professioneller Strukturen.

Katharina Krefft dankt den Beteiligten abschließend für ihre Ausführungen, und erklärt, diese den Leipziger Landtagsabgeordneten protokollarisch zuzusenden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird die Kürzungen im Sozialbereich weiterhin anprangern und für eine solide, verlässliche Ausfinanzierung der nötigen Strukturen und Angebote streiten.